



Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 28. Januar 2009

Vorlagen-Nr. 07-F-25-0098

Umsetzung des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes

- *Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 12.09.2007* -

- *Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 21.01.2009* -

Umsetzung der Barrierefreiheit in Wiesbaden

Der Ausschuss wolle beschließen:

Vorbemerkung:

Die Stadt Wiesbaden ist der Erklärung von Barcelona beigetreten und hat sich in diesem Rahmen festgelegt, Grundlagen für die barrierefreie Stadtgestaltung im Sinne dieser Erklärung zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat gebeten, die seit März 2008 angekündigte Expertise, die als Grundlage für die Sozialberichterstattung zur Lebenslage von Menschen mit Behinderungen dienen kann, unverzüglich und vorab einer Veröffentlichung dem Sozialausschuss vorzustellen. Aufgrund dieser Berichterstattung werden Zielvereinbarungen nach § 3 Abs. 2 und 3 zur Herstellung der Barrierefreiheit getroffen.

Magistrat wird weiterhin gebeten unter Punkt D. der Sitzungsvorlagen nach dem Punkt „II. Demographische Entwicklung“ einen neuen Punkt „III. Umsetzung Barrierefreiheit“ einzufügen (Hier ist u.a. darauf einzugehen, ob die Belange behinderter Menschen ausreichend berücksichtigt und Barrierefreiheit umgesetzt wurde).

Beschluss Nr. 0010

1. Der Bericht des Dezernates IV vom 19.12.2008 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Magistrat wird gebeten, die seit März 2008 angekündigte Expertise, die als Grundlage für die Sozialberichterstattung zur Lebenslage von Menschen mit Behinderungen dienen kann, unverzüglich und vorab einer Veröffentlichung dem Sozialausschuss vorzustellen. Aufgrund dieser Berichterstattung werden Zielvereinbarungen nach § 3 Abs. 2 und 3 zur Herstellung der Barrierefreiheit getroffen.
3. Der Magistrat wird weiterhin gebeten unter Punkt D. der Sitzungsvorlagen nach dem Punkt „II. Demographische Entwicklung“ einen neuen Punkt „III. Umsetzung Barrierefreiheit“ einzufügen (Hier ist u.a. darauf einzugehen, ob die Belange behinderter Menschen ausreichend berücksichtigt und Barrierefreiheit umgesetzt wurde).

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2009

Diers
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2009

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2009

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung
zu Ziffer 3
Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung
zu Ziffer 2
Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme
zu Ziffer 1

Dr. Müller
Oberbürgermeister